

07.10.2021

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

Deutschlands Markenzeichen bewahren – duale Ausbildung nachhaltig stärken

zu dem Antrag „**Schulen der Sekundarstufe I und II als Partner der dualen Ausbildung weiter stärken und für eine echte Verzahnung der Bildungsgänge mit der ausbilden- den Wirtschaft sorgen**“

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/15265

I. Ausgangslage

Nach Informationen der Sinus- und Shell-Jugendstudie erhält eine große Anzahl Jugendlicher keinen Ausbildungsplatz, gleichzeitig bleibt eine steigende Zahl von Ausbildungsplätzen unbesetzt. Dazu gesellt sich eine viel zu große Zahl von Schulabbrechern und Personen ohne Berufsabschluss.

Etliche Ausbildungsleiter klagen über mangelnde schulische Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Auszubildenden. Auch Kompetenzen im Sozialverhalten wie Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin, Lernbereitschaft, soziales Miteinander, Gründlichkeit und andere leistungsrelevanten Haltungen und Einstellungen sind nach Meinung vieler Ausbildungsleiter nicht immer in dem Maße vorhanden, wie sie für eine erfolgreiche Ausbildung Voraussetzung sind.

Diese Einstellungen und ein hohes Maß an schulischem Wissen und Können haben in der Vergangenheit die Leistungsfähigkeit des einzelnen ausgemacht, damit das Fundament für die Leistungsstärke unserer gesamten Wirtschaft gelegt sowie den Markenbegriff „Made in Germany“ positiv geprägt. Zur Zeit liegen wir jedoch in den verschiedenen schulischen Leistungstests im Mittelfeld und werde von etlichen Ländern schlichtweg abgehängt. Damit wird deutlich, dass die Klagen der Ausbildungsverantwortlichen sich nicht aus irgendeiner persönlich motivierten Attitüde herleiten, sondern offensichtlich auch objektiv feststellbar sind.

Die Erfordernisse unserer modernen technisierten Welt verlangen aber zwingend die Stärkung der beruflichen Ausbildung. Als Voraussetzung dafür müssen die Schulen der Sekundarstufe I gestärkt werden, damit sie ihren Bildungsauftrag wieder besser wahrnehmen können, um junge Menschen in die Ausbildungsberufe zu entlassen, die den hohen Anforderungen der beruflichen Ausbildung entsprechen können. Dafür, aber auch für eine zukunftssichere

Datum des Originals: 07.10.2021/Ausgegeben: 07.10.2021

Lebensgestaltung des einzelnen jungen Menschen, müssen gerade auch die Schulen der Sekundarstufe I all die Kenntnisse vermitteln, die zur Erlangung der Ausbildungsreife notwendig sind, deren umfassende Kriterien im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs nachzulesen sind.

Die Stärkung der Schulformen der Sekundarstufe I bedeutet aber auch, den Blick wieder auf die verschiedenen Schulformen zu lenken und auf die Notwendigkeit, die Schullaufbahnanlage für die einzelnen Schüler und Schülerinnen neu zu überdenken.

Dazu gehört vor allen Dingen, dass die Möglichkeiten der mittleren Schulformen für eine erfolgreiche Schullaufbahn und eine erfolgreiche Berufswahl und Berufsausbildung in der Öffentlichkeit neu erschlossen werden. In den letzten 40 Jahren wurden die Schulformen der Realschule und der Hauptschule öffentlich derartig heruntergeredet und teilweise diffamiert, dass immer mehr Eltern für ihre Kinder das Gymnasium wählten, leider häufig unabhängig davon, ob ihre Kinder für diesen Schulweg geeignet waren. Oft war die falsche Schulformwahl, mit der dann unter Umständen eine ständige Überforderung und zahlreiche Enttäuschungen einhergingen, Ursache für eine so starke Entmutigung, dass einige der betroffenen Schüler in eine chronische Motivationslosigkeit abglitten und keine Lernfreude mehr aufbauen konnten. Im Extrem kann das zum Verlassen der Schule ohne Abschluss führen.

Eine humane Leistungsorientierung muss unbedingt vom jeweiligen Kind ausgehend eine sorgfältige Schulformwahl treffen und während der Schullaufbahn auch die rechtzeitige Berufsberatung und -orientierung vornehmen, wertfrei und wertschätzend dem Kind gegenüber und vor allem jeder Schulformwahl gegenüber. Damit wird auch die unterschiedliche Bewertung von beruflicher und akademischer Ausbildung hinfällig. Und hinfällig werden muss auch die Etikettierung von bestimmten Schulformen mit dem Diskriminierungssiegel.

Die in Deutschland entwickelten Schulformen sind selbstverständlich nie aus Diskriminierungsabsichten eingerichtet worden, sondern ausschließlich deshalb, weil sie in besonderer Weise auf die Bedürfnisse der jeweiligen Kinder eingehen und langfristig die dementsprechende pädagogische Expertise entwickeln konnten. Gerade auch die Hauptschulen und die Förderschulen haben den Kindern und Jugendlichen Schulabschlüsse vergeben können, deren Begabungen nicht so sehr im kognitiven Bereich lagen. Und gerade diese Schulformen waren ganz eng mit den heimischen Betrieben verbunden und konnten so die Schulabgänger ihrer Schule in die einzelnen Betriebe vermitteln.

Im Bereich der Berufsberatung und Orientierung von schwervermittelbaren Personengruppen bedarf es einer Kombination aus geförderter Ausbildung und gezielter Nachbetreuung, auch um die Quote der Abbrecher signifikant zu reduzieren. Die Attraktivität und Wertschätzung von Arbeit in Ausbildungsberufen muss wieder deutlich gesteigert werden. Eine Ausbildung mit anschließenden Berufsleben muss erstrebenswerter sein als die Aussicht auf eine Hartz-IV-Karriere. Die soziale Hängematte darf nicht attraktiver sein als eine Ausbildung und ein guter und solider Job!

II. Der Landtag stellt fest:

1. Die Potenziale der Schulen der Sekundarstufe I sind von großer Bedeutung für die Zukunft der beruflichen Bildung.
2. Die verschiedenen Schulformen erlauben es allen Kindern, eine für die eigene Begabung und Neigung passende Schule auszusuchen, um dort mit Freude und Erfolgserlebnissen die Schullaufbahn erfolgreich beenden zu können.

3. Die duale Ausbildung mit ihren breit aufgestellten Angeboten und die höher qualifizierende Berufsausbildung bieten vielen jungen Menschen jenseits einer akademischen Laufbahn vielfältige Chancen und Möglichkeiten, ihre Neigungen und Begabungen für die Ausbildung in geeigneten Berufen anzusetzen.
4. Das Berufskolleg mit seinen mehrstufigen Abschlüssen bietet Möglichkeiten, die Schullaufbahn flexibel zu gestalten und weiterzuführen bis zum höchsten Abschluss.

III. Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die berufliche Bildung als Grundlage für den Erfolg der Wirtschaft unseres Landes und als Voraussetzung einer erfolgreichen Lebensgestaltung für die jungen Menschen zu betrachten;
2. die Sorgen, Nöte und das Klagen etlicher mittelständischer Betriebe im Zusammenhang mit der Qualifikation und der Ausbildungsreife junger Bewerber endlich ernst zu nehmen und daraus effektive Maßnahmen abzuleiten wie zum Beispiel:
 - a) Intensivierung der Lehrinhalte im Bereich der schulischen Grundkompetenzen;
 - b) Stärkung der Tugenden wie Pünktlichkeit, Fleiß, Disziplin, Lernbereitschaft, soziales Miteinander, Gründlichkeit und andere berufsrelevante Haltungen und Einstellungen;
3. die größere Orientierung an Leistungsdifferenzierung und das Vertrauen in das gegliederte Schulsystem politisch stärker zu unterstreichen.
4. das gegliederte Schulsystem mit den Angeboten von Förderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien wegen seiner besonderen Eignung, alle Schülerinnen und Schüler schulisch erfolgreich zu beschulen, in besonderer Weise zu fördern;
5. deshalb die Übergänge von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen nicht ausschließlich dem Elternwillen zu überlassen, sondern die letzte Entscheidung der aufnehmenden Schule zu übertragen, damit gelingende Schullaufbahnen angesteuert werden können;
6. Angebote der Berufskollegs als Weiterführung der Schulformen der Sekundarschulen I stärker in das Bewusstsein von Eltern und Schülern verankern.

Helmut Seifen
Dr. Martin Vincentz
Markus Wagner
Andreas Keith

und Fraktion